

**Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 3. November 2010 (IX/2), von
14.00 Uhr bis 19.15 Uhr**

Vorsitz: Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF	
Prof. Dr. Ralf Bill, AUF	
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF	
Prof. Dr. Nina Vojdani, MSF	i. V. für Prof. Dr. Horst Harndorf, MSF
Prof. Dr. Thomas Klie, THF	i. V. für Prof. Dr. Heinrich Holze, THF; bis 17.10 Uhr
Prof. Dr. Gabriele Linke, PHF	
Prof. Dr. Wolfgang März, JUF	
Prof. Dr. Klaus-Peter Schmitz, MEF	i. V. Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg, MEF
Prof. Dr. Lienhard Pagel, IEF	
Prof. Dr. Hendrik Schubert, MNF	
Prof. Dr. Heinrich Stolz, MNF	bis 18.30 Uhr
Katharina Mahrt, JUF	i. V. für Philipp Da Cunha, IEF
Johannes Krause, MNF	
Anna Schrimpf, IEF	
Falko Tesch, WSF	
Dr. Barbara Amling, SZ	
Dr. Brigitte Müller, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
Dr. Arne Schoor, MNF	
Dr. Markus Glöckner, D1	i. V. für Ursula Keßler, D2
Andreas Tesche, D4	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Rektor
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Prorektorin
Prof. Dr. Stefan Göbel	Prorektor
Heiko Marski	studentischer Prorektor
Dagmar Börner	amtierende Kanzlerin
Prof. Dr. Andreas Wree	amt. Präsident Konzil
Prof. Dr. Elmar Mohr	Dekan AUF
Prof. Dr. Bernhard Lampe	Dekan IEF
Prof. Dr. Egon Hassel	Dekan MSF
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan INF
Prof. Dr. Jörg Benedict	Dekan JUF
Prof. Dr. Emil Chr. Reisinger	Dekan MEF
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski	Dekan PHF
Prof. Dr. Doris Neuberger	Prodekanin WSF
PD Dr. Petra Schulz	kommissarische Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Bernhard Beleites	Personalrat
Christina Regina Höhne	StuRa
Christian Berntsen	AStA

Prof. Dr. Otto Fiedler
Prof. Dr. Gerhard Maeß
Prof. Dr. Horst Pätzold

Ehrensensator
Ehrensensator
Ehrensensator

Gäste:

Prof. Dr. Stefan Richter

zu TOP 3

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzung des Akademischen Senats vom 6. Oktober 2010 (IX/1)

II Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

- 3 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur für Tierphysiologie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Senator Prof. Dr. Bill, Koreferent
Prof. Dr. Richter, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: IX/12
- 4 Beschlussfassung zu Anträgen der Fakultäten auf Verleihung der Lehrbefugnis
Bericht: Vorsitzender des Senats
Vorlage: IX/15

I – Fortsetzung Regularien

- 5 Beschlusskontrolle
 - Anwesenheitspflicht in den Studiengängen der Philosophischen FakultätBericht: Christian Berntsen, AStA-Vorsitz
Vorlage: IX/19
- 6 Informationen des Vorsitzenden des Akademischen Senats
- 7 Informationen der Universitätsleitung/Anfragen an die Universitätsleitung
- 8 Berichte aus der Arbeit der Senatskommissionen
 - Bestätigung von Mitgliedern in Senatskommissionen

III Strukturangelegenheiten

- 9 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur für Mikroökonomik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Homölle, Dekanin der WSF
Vorlage: IX/13
- 10 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Neurodegeneration an der Medizinischen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Reisinger, Dekan der MEF
Vorlage: IX/14

- 11 Information zur Umwidmung der W2-Professur für Prozesstechnik und zur Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Praktische Informatik an der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik
Bericht: Prof. Dr. Lampe, Dekan der IEF
Vorlage: IX/18

IV Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

- 12 Zustimmungende Kenntnisnahme über den Entwurf der Zielvereinbarung 2011-2015
Bericht: Rektor
Strukturkommission
Vorlage: IX/20
- 13 Anhörung zur Änderung der Struktur der Medizinischen Fakultät und des Universitätsklinikums Rostock: Errichtung der Teilkörperschaft Universitätsmedizin Rostock
Bericht: Rektor
Dekan der MEF
Strukturkommission
Vorlage: IX/21

V Informationen

Der Vorsitzende des Senats begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste sowie die Ehrensenatoren Prof. Dr. Fiedler, Prof. Dr. Maeß und Prof. Dr. Pätzold. Besonders begrüßte er die neu gewählten Dekane Prof. Dr. Elmar Mohr, AUF, Prof. Dr. Egon Hassel, MSF, Prof. Dr. Jörg Benedict, JUF, Prof. Dr. Emil Chr. Reisinger, MEF, sowie Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski, PHF, und sprach im Namen des Senats Glückwünsche zur Wahl aus. Außerdem begrüßte er die nachgerückte Senatorin Prof. Dr. Gabriele Linke sowie die erstmalig in dieser Amtsperiode als Vertreterinnen im Senat anwesenden Prof. Dr. Nina Vojdani und Katharina Mahrt.

I Regularien

zu 1

Der Senat war mit 21, 20 resp. 19 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Stud. Senator Herr Tesch beantragte, den Tagesordnungspunkt 13 auf die Januarsitzung des Senats zu verschieben. Senator Prof. Dr. Guthoff betonte die Wichtigkeit der Thematik für den Bereich Universitätsmedizin und erläuterte den Eilbedarf. Der Antrag von Herrn Tesch wurde mehrheitlich abgelehnt. Anschließend befürworteten die Mitglieder des Senats mit 16 Ja-Stimmen die Aufnahme des verfristet eingegangenen Antrags zu Tagesordnungspunkt 13 in die Tagesordnung. Der Senat bestätigte gemäß § 7 Abs. 5 Satz 4 der Geschäftsordnung die endgültige Tagesordnung.

zu 2

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 6. Oktober 2010 (IX/1) wurde ohne Änderungen genehmigt.

III Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

zu 3

Koreferent Senator Prof. Dr. Bill erläuterte den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur für Tierphysiologie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Er schilderte das Verfahren und konnte keine Ungereimtheiten feststellen. Prof. Dr. Bill befürwortete die Entscheidungen der Berufungskommission und des Fakultätsrates. Der Senatsvorsitzende bedankte sich beim Vorsitzenden der Berufungskommission Prof. Dr. Richter für die einwandfreie Arbeit. Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 4

Per Akklamation stimmte der Senat für die Anträge der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik auf Verleihung der Lehrbefugnis (venia legendi) gemäß § 72 Absatz 1 Satz 1 des Landeshochschulgesetzes M-V:

Fakultät	Name	Fachgebiet
Fakultät für Informatik und Elektrotechnik	Dr.-Ing. habil. Meike Klettke	Praktische Informatik
Medizinische Fakultät	Dr. med. Vladimir Martinek	Orthopädie

Beschlusnummer: 14 (IX/15)
Abstimmungsergebnis: 20/0/0

I Regularien – Fortsetzung

zu 5

Der AStA-Vorsitzende Herr Berntsen erläuterte die Vorlage des StuRa und AStA zur Anwesenheitspflicht in den Studiengängen der Philosophischen Fakultät. Er erklärte, dass die an der Fakultät praktizierte Anwesenheitspflicht dem Beschluss des Akademischen Senats vom 6. Januar 2010 (154 (VIII/170)) zuwider läuft und sprach sich vehement gegen die Anwesenheitspflicht aus. Der Dekan der PHF Prof. Dr. von Wensierski schilderte die gegenwärtige Praxis aus seiner Sicht und betonte, dass dem Beschluss des Senats durch Streichung der entsprechenden Passage in der Prüfungsordnung Genüge getan wurde. Durch den Senatsbeschluss wurde jedoch keine generelle Abschaffung der Anwesenheitspflicht begründet. Auf der Grundlage einer Handreichung der Fakultät liegt es in der Verantwortung der Lehrenden, zur Wahrung der Fachkultur und zur Sicherung des Lernerfolgs der Studierenden, die Anwesenheitspflicht zu regeln. Herr Dr. Glöckner zeigte Beispiele auf, in denen die Anwesenheitspflicht gerichtlich unterbunden wurde. Grundsätzlich gilt die Studierfreiheit, aus der sich keine Anwesenheitspflicht ableiten lässt. Stud. Prorektor Herr Marski zitierte den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses der PHF, der ebenfalls keine Grundlage für eine Anwesenheitspflicht in den Bachelor- und Master-Studiengängen der Fakultät sieht. Auch der von Herrn Marski zitierte Vorsitzende des Lehrerprüfungsausschuss sprach sich gegen sogenannte Sitzscheine aus. Herr Marski monierte außerdem, dass der Beschluss der Fakultät zur Anwesenheitspflicht nicht veröffentlicht ist. Der Vorsitzende des Senats betonte, dass der Akademische Senat eine generelle Anwesenheitspflicht ablehnt, jedoch in diesem Fall nicht entscheidungsbefugt ist. Er empfahl dem Prorektor für Studium, Lehre und Evaluation, die Prüfungs- und Studienordnungen dahingehend zu überprüfen. Senator Herr Tesche fügte hinzu, dass die Fakultät die benannte Handreichung überarbeiten sollte.

Zu der in der Sitzung des Senats am 6. Oktober 2010 gestellten Frage nach dem Stimmrecht der Gruppe der weiteren Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter bezog sich der Vorsitzende auf die Stellungnahme des Justitiariats. Hier heißt es, dass angesichts der in § 16 Absatz 6 der Grundordnung genannten Beschlusskompetenzen des Akademischen Senats keine Entscheidungskompetenz gesehen wird, bei der § 11 Absatz 7 der Geschäftsordnung Anwendung findet. D. h. die Gruppe der weiteren Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter ist bei Beschlüssen und Wahlhandlungen des Senats grundsätzlich stimmberechtigt.

Im Nachgang zur Beschlussfassung vom 6. Oktober 2010 über den Terminplan für die Sitzungen des Akademischen Senats im Wintersemester 2010/2011 (Beschlussnummer: 3 (IX/1)) wurde der Sitzungsbeginn auf 14.00 Uhr festgelegt.

zu 6

Der Vorsitzende des Senats informierte über folgende Gepflogenheiten und Verfahren im Senat:

- In der an die stimmberechtigten und beratenden Mitglieder des Senats versandten Dokumentenmappe sind die wichtigsten rechtlichen Grundlagen für die Arbeit im Senat zusammengestellt. Etwaige Änderungen werden von Referat 1.2 zeitnah übermittelt.
- Bei Verhinderung zur Sitzung sollte Referat 1.2 informiert werden. Referat 1.2 lädt den Ersatzvertreter nach der feststehenden Reihenfolge entsprechend dem Wahlergebnis zur Sitzung ein.
- Einem professoralen Mitglied des Senats wird bei Berufungsvorschlägen und bei Anträgen auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin/außerplanmäßiger Professor“ und „Honorarprofessorin/Honorarprofessor“ Gelegenheit gegeben, die Akten des Antrags-/ Berufungsverfahrens einzusehen und dem Akademischen Senat Bericht zu erstatten (Koreferat).
- Umfangreiche Dokumente werden im SharePoint für den Akademischen Senat hinterlegt. Das Verfahren für den Zugang zum SharePoint ist in der Dokumentenmappe geschildert.
- Bei Anträgen auf Verleihung der Lehrbefugnis (venia legendi) reicht die Fakultät die entsprechenden Unterlagen im Referat 1.2 ein. Eine separate Senatsvorlage ist nicht erforderlich. Die Vorlage wird von Referat 1.2 als gemeinsame Vorlage erstellt. Die Lehrbefugnis wird vom Senat üblicherweise per Akklamation bestätigt.
- In der Sitzung des Senats am 1. Dezember 2010 soll die Beschlussfassung über den Wahlvorschlag der Prorektoren an das Konzil erfolgen. Die Mitglieder des Senats und des Konzils, der Rektor und der StuRa können Kandidatenvorschläge unterbreiten. *(Anm.: Referat 1.2 hat die Mitglieder des Senats und des Konzils, den Rektor und den StuRa am 4. November 2010 per E-Mail über ihr Vorschlagsrecht informiert und um Kandidatenvorschläge gebeten.)* In der Sitzung des Konzils am 19. Januar 2011 erfolgt dann die Wahl der Prorektorinnen/Prorektoren. Die anwesenden Studierenden erklärten, dass der StuRa erst Mitte Dezember 2010 seinen Kandidatenvorschlag präsentieren kann. Der Senatsvorsitzende nahm dies zur Kenntnis.
- Da die Pausenversorgung in den Sitzungen des Akademischen Senats ab Januar 2011 nicht mehr von Pressestelle/Veranstaltungswesen übernommen werden kann, bat der Senatsvorsitzende die Senatsmitglieder um Anregungen und Vorschläge, wie künftig verfahren werden könnte.

zu 7

Der Rektor Prof. Dr. Schareck beglückwünschte im Namen der Hochschulleitung die neu gewählten Dekaninnen und Dekane zu ihrem Wahlerfolg und informierte dann über die aktuelle Themen und die Aktivitäten der Hochschulleitung:

- Bei einem Treffen in Greifswald am 11. Oktober 2010 mit Herrn Michallik, Staatssekretär Bildungsministerium M-V, und Herrn Mediger, Staatssekretär Finanzministerium M-V, wurde das Gesetz zur Errichtung der Teilkörperschaft Universitätsmedizin Greifswald thematisiert.

- Die Feierliche Immatrikulation am 16. Oktober 2010 in der Marienkirche war ausnehmend gut besucht.
- Am 19. Oktober 2010 gab es ein Gespräch mit Herr Michallik zu den Themen Hochschulmedizin, Campus Südstadt und Mediation im Bereich Neonatologie.
Bei dem Treffen mit Herrn Brodkorb, MdL, am selben Tag wurde von seiner Seite eine Bedarfsentwicklung zum Thema Lehrerbildung vorgestellt. Vonseiten der Universität wurden bildungspolitische Konzepte gefordert.
- In der Sitzung des Universitätsrats am 20. Oktober 2010 wurde die Stellungnahme des Unirates zur LHG-Novelle diskutiert. Die Mitglieder sprachen sich einhellig für eine Erweiterung des Aufgabenkreises des Universitätsrates aus. Des Weiteren wurde das Stipendienprogramm-Gesetz thematisiert.
- Bei der SPD-Tagung am 21. Oktober 2010 wurde über die Reform des Bologna-Prozesses debattiert.
- Der Rektor besuchte mit Vertretern des Bildungsministeriums M-V und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) vom 24.-29. Oktober 2010 die University of Alabama in Huntsville

Stud. Senator Herr Tesch fragte an, wie die Universität mit der Zweckbindung gemäß § 11 Absatz 3 des Stipendienprogramm-Gesetzes umgehen will. Der Rektor wies hier als Alternative auf das Namensstipendium hin, welches direkt an den Kandidaten und nicht nur für das Fachgebiet ausgezahlt wird.

Senatorin Prof. Dr. Linke erkundigte sich nach einem geisteswissenschaftlichen Bereich an der University of Alabama. Der Rektor verwies hier auf das College of Liberal Arts an der University of Alabama und sprach von vielfältigen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. Ehrensensator Prof. Dr. Maeß betonte in diesem Zusammenhang, dass die fachliche Zusammenarbeit der Wissenschaftler Vorrang vor der institutionelle Kooperation haben sollte. Der Rektor pflichtete dem bei.

Ehrensensator Prof. Dr. Pätzold berichtete über die Arbeit der „Kommission 2019“, die das 600-jährige Jubiläum der Universität Rostock vorbereitet. Leider werden die Bemühungen der Kommission im Bildungsministerium M-V, in der Hansestadt Rostock und an der Universität nicht hinreichend gewertet. Daher appellierte Prof. Dr. Pätzold an die Mitglieder der Hochschule, das Projekt zu unterstützen und der Kommission entgegenzukommen. Er schlug vor, den Vorsitzenden der Kommission Herrn Dr. Krüger in eine Senatssitzung zur Vorstellung des Projekts einzuladen. Senator Prof. Dr. Schubert äußerte in diesem Zusammenhang sein Bedauern, dass bei der Suche nach Ansprechpartnern in den Fakultäten die Resonanz äußerst dürrig war. Der Rektor merkte an, dass in dieser Sache tatsächlich Handlungsbedarf besteht und sich auch Herr Zepf, Direktor der Universitätsbibliothek, der Angelegenheit annehmen wird.

Stud. Prorektor Herr Marski informierte über den Migrantenrat der Hansestadt Rostock, der eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Rostock anstrebt. Der Migrantenrat hat einen Vertreter des AStA als Mitglied kooptiert und einen Sitz für ein Mitglied des Rektorats vorgesehen.

Der Senatsvorsitzende fragte an, ob der Rechenschaftsbericht des Rektorats in der Januarsitzung des Senats präsentiert werden wird. Der Rektor sagte dies zu.

Der Senatsvorsitzende erbat vom Prorektor für Studium, Lehre und Evaluation zu dem für die Dezembersitzung geplanten ausführlichen Bericht über die Einschreibzahlen eine Senatsvorlage. Der Prorektor sicherte dies zu.

zu 8

Die Mitglieder des Senats bestätigten Senator Prof. Dr. Hendrik Schubert als Vorsitzenden des Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation.

Beschlusnummer: 15 (IX)
Abstimmungsergebnis: 21/0/0

Senatorin Dr. Viola von Oeynhausen wurde vom Senat als Vorsitzende der Senatskommission Strukturfragen bestätigt.

Beschlusnummer: 16 (IX)
Abstimmungsergebnis: 21/0/0

Der Akademische Senat bestätigte folgende weitere Mitglieder in Senatskommissionen:

Für die Senatskommission **Haushalt, Personal, Bau:**

Prof. Dr. Henning Bombeck	AUF
Dr. Klaus-Michael Bull	THF
Stud. Wiebke Heklau/Stud. Sarah Grote	WSF/PHF
Prof. Dr. Günter Mayer	MNF
Prof. Dr. Ronald Redmer	MNF
Prof. Dr. Klaus-Peter Schmitz	MEF
Prof. Dr. Dirk Timmermann	IEF
Maik Walm	ZLB
Prof. Dr. Rafael Weißbach	WSF

Für die Senatskommission **Forschung, Wissenschaftstransfer und wissenschaftlicher Nachwuchs:**

Dr. Martin Brede	MSF
Stud. Karolin Buchholz	WSF
Prof. Dr. Michael Großheim/Dr. Ludger Jansen	PHF
Prof. Dr. Andreas Kubik	THF
Prof. Dr. Michael Nelles	AUF
Stud. André Olbrich	WSF
Prof. Dr. Michael Rauscher	WSF
Prof. Dr. Oliver Staadt	IEF
Prof. Dr. Kerstin Thurow	IEF

Für die Senatskommission **Studium, Lehre und Evaluation:**

Annett Müller	MEF
Stud. Benjamin Pleban	PHF
Prof. Dr. Carolin Retzlaff-Fürst	MNF
Stud. Sarah Sahl	IEF

Für die Senatskommission **Strukturfragen:**

Senator Prof. Dr. Ralf Bill	AUF
Prof. Dr. Wolfgang Bernard	PHF
Prof. Dr. Peter Forbrig	IEF
Stud. Katharina Mahrt	JUF
Prof. Dr. Karl-Heinz Ramers	PHF
Prof. Dr. Stefan Richter	MNF
Prof. Dr. Andreas Wree	MEF

Beschlusnummer: 17 (IX)
Abstimmungsergebnis: 20/0/1

Die Senatskommissionen Haushalt, Personal, Bau sowie Forschung, Wissenschaftstransfer und wissenschaftlicher Nachwuchs haben nicht getagt.

Die Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation hat in ihrer Sitzung einen Sitzungsfahrplan festgelegt und im Umlaufverfahren Zuarbeit zur Stellungnahme des Senats zum Entwurf der Zielvereinbarung geleistet.

Die Senatskommission Strukturfragen hat die Stellungnahme zum Entwurf der Zielvereinbarung erarbeitet und sich mit der Rechtsformänderung der Universitätsmedizin auseinandergesetzt.

III Strukturangelegenheiten

zu 9

Die Prodekanin der WSF Prof. Dr. Neuberger informierte über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur für Mikroökonomik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Die Professur musste erneut ausgeschrieben werden, da mit der engen Widmung in der letzten Ausschreibung das Bewerberfeld deutlich eingeschränkt war. Prorektorin Prof. Dr. van Rienen empfahl im Ausschreibungstext die Formulierung „In der Forschung ist eine Spezialisierung ... erwünscht“ umzuformulieren in „In der Forschung ist ... wünschenswert“, da sonst die Gefahr einer zu großen Einengung besteht. Prof. Dr. Neuberger wird diese Anregung aufgreifen. In diesem Zusammenhang fragte sie an, ob der Absatz „Besondere Fähigkeiten und Leistungen in der Lehre“ gestrichen werden könne. Senator Herr Tesche erwiderte, dass dieser Formulierung ein Beschluss des Rektorats zugrunde liegt und für eine Streichung ein neuer Beschluss erforderlich wäre. Der Senatsvorsitzende schlug der Fakultät vor, einen Antrag an das Rektorat zu stellen.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 10

Prof. Dr. Reisinger, Dekan der MEF, schilderte die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Neurodegeneration an der Medizinischen Fakultät. Die Professur ist eng mit dem Standort Rostock des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) in der Helmholtz-Gemeinschaft verknüpft. Auf Nachfrage erklärte er, dass für die Professur leider nur eine Stellenhülle für vier Jahr verfügbar ist. Die Ausstattung wird über die Helmholtz-Gemeinschaft abgedeckt. Eventuell ist mit einem zusätzlichen Antrag zur laufenden Helmholtz-Vereinbarung auch eine Verlängerung der Professur möglich.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 11

Über die Umwidmung der W2-Professur für Prozesstechnik und die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Praktische Informatik an der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik berichtete der Dekan der IEF Prof. Dr. Lampe. Er bezeichnete die Professur als Basisprofessur an der Fakultät. Zur Frage nach den erwarteten Didaktikleistungen der Professur erwiderte Prof. Dr. Lampe, dass der bisherige Stelleninhaber hier sehr aktiv war und dies an der Fakultät beibehalten werden soll. Prof. Dr. Stolz hielt den Namen der Professur dem Fachgebiet nicht angemessen und beantragte, die Widmung der Professur hinsichtlich der Didaktik zu ändern.

Beschlusnummer: 18 (IX/18)
Abstimmungsergebnis: 12/4/5

Der Antrag fand nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder des Senats und wurde abgelehnt. Der Akademische Senat empfahl der Fakultät dennoch die Widmung und die Aufgaben

der Professur zu überdenken.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

IV Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

zu 12

Der Senatsvorsitzende sprach der Senatskommission Strukturfragen seinen Dank für die zügige Erarbeitung des Entwurfs der Stellungnahme des Senats aus, insbesondere im Hinblick auf den verspätet vom Bildungsministerium M-V zugegangenen Entwurf der Zielvereinbarung. Er schlug vor, die Stellungnahme absatzweise zu diskutieren, abzustimmen, ob der jeweilige Absatz mehrheitsfähig ist, und abschließend das Gesamtpapier zu beschließen. Das Verfahren wurde vom Senat befürwortet.

Mittels einer Power-Point-Präsentation schilderte der Rektor den bisherigen Verlauf der Zielvereinbarungsverhandlungen zwischen dem Rektorat und dem Bildungsministerium M-V. Er betonte, dass in der Zielvereinbarung nicht die Grundfinanzierung thematisiert wird, sondern die Verteilung der Mittel aus dem Sammeltitel (5,0 Mio. Euro) und aus dem Hochschulpakt sowie die zu erreichenden Entwicklungsziele.

Senatorin Dr. von Oeynhausen erklärte, dass die Senatskommission die Anforderungen an Zielvereinbarungen gemäß Kapitel 3 des Universitätsentwicklungsplans 2011-2015 mit dem Entwurf der Zielvereinbarung verglichen hat. Des Weiteren wurden die Zuarbeiten der anderen Senatskommissionen, des ZQS, des AAA und einiger Fakultäten einbezogen. In der daraus erarbeiteten Stellungnahme sind sowohl die positiven Aspekte als auch die Kritikpunkte am Entwurf der Zielvereinbarung aufgeführt.

Dr. von Oeynhausen erläuterte kurz die einzelnen Punkte der Stellungnahme. Zusätzlich muss in der Stellungnahme unter *Punkt IV* auf die in der Zielvereinbarung *fehlenden Baumaßnahmen der Medizin* in den Ausführungen zum Hochschulbau aufmerksam gemacht und unter *Punkt V* die Konkretisierung zur *Errichtung der Teilkörperschaft Hochschulmedizin* aufgenommen werden.

Anschließend wurde die Stellungnahme des Akademischen Senats zum Entwurf der Zielvereinbarung zur Diskussion gestellt:

In der *Präambel* wird nach „... in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro“ der Teilsatz „das entspricht ca. 1,0 T Euro pro Mitarbeiter/pro Jahr“ eingefügt.

Zu *Punkt 1* führte Prorektorin Prof. Dr. van Rienen aus, dass die Steigerung des Drittmittelaufkommens keine Forderung vom Land ist, sondern vom Rektorat, auf der Grundlage der erzielten Steigerung der vergangenen Jahre, als Ziel definiert wurde. Dr. von Oeynhausen wies auf den Universitätsentwicklungsplan hin, in dem die Abhängigkeit der Höhe des Drittmittelaufkommens von der Grundfinanzierung dargelegt wurde. Zudem wurde angemerkt, dass die diskutierte Relation im Text der Stellungnahme missverständlich ist und umgedreht werden muss.

In *Punkt 1* wird daher die benannte Relation umgedreht und der erste Satz im Hinblick auf den Einwand von Prof. Dr. van Rienen umformuliert.

An den *Punkten 2a, 2b und 2d* werden keine Änderungen vorgenommen

Punkt 2c wurde ausführlich diskutiert. Prorektor Prof. Dr. Göbel zeigte sich erfreut, dass das Lehramt an beruflichen Schulen als neue Aufgabe der Universität definiert ist. Die Finanzierung von einer der drei Professuren ist aus dem Bestand der Universität zu leisten, ansonsten kann die Aufgabe nicht übernommen werden.

Vor diesem Hintergrund werden die letzten beiden Sätze gestrichen.

Über den Eingangssatz zu *Punkt 2* wurde eingehend debattiert. Prof. Dr. Göbel betonte, dass der Vorbehalt des Senats zum Abschnitt über die Lehrerbildung für die abschließenden Verhandlungen zur Zielvereinbarung von entscheidender Bedeutung ist.

Der Eingangssatz wird wie folgt gefasst: „Die Zielvereinbarung für die Lehrerbildung sollte unter Beachtung der folgenden fünf Punkte angepasst werden:“

Folgender Punkt 2a wird neu eingefügt: „Sofern durch Änderungen der Rahmenbedingungen, beispielsweise durch das Lehrerbildungsgesetz, für die Lehrerbildung zusätzliche Aufgaben auf die Universität Rostock zukommen, stehen diese Aufgaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.“

In *Punkt 3* wird die „Systemakkreditierung“ korrigiert in „Antrag auf Systemakkreditierung“. Der letzte Satz des Punktes 3 gab Anlass zur Diskussion. Im Ergebnis wird der besagte Satz beibehalten.

Zu *Punkt 4* gab es keinen Änderungsbedarf.

Punkt II bleibt ohne Änderungen bestehen.

In *Punkt III* wird nach kurzer Aussprache folgender Anstrich ergänzt: „Die Universität ist bestrebt, in ausgewählten Master-Studiengängen auch den Abschlussgrad „Diplom“ zu verleihen. Die Landesregierung trägt dafür Sorge, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.“

Der Anstrich zur „*Implementierung qualitativer Kriterien* zur Aufnahme der Studierenden in den Masterbereich“ wird nach einer kurzen kontroversen Diskussion und einem abgelehnten Änderungsantrag ersatzlos gestrichen.

Zur Kritik am *Fächerkatalog* erläuterte Prof. Dr. Göbel, dass hier nicht die Studiengänge der Universität aufgelistet sind. Der Katalog ist an die Bundesstatistik angelehnt und nach den Kategorien des Bildungsministeriums gegliedert. Auf Nachfrage erklärte er, dass aufgrund eines Landtagsbeschlusses der Fächerkatalog nicht gestrichen werden kann. Er wird anregen, dass der Fächerkatalog berichtigt wird. Im letzten Satz dieses Anstrichs werden die Worte „bei Bedarf“ gestrichen.

Zum Einwand der Senatskommission hinsichtlich des *Antrags zur Exzellenzinitiative* lieferte Prof. van Rienen einige Hintergrundinformationen und betonte, dass hier sowieso Überarbeitungsbedarf bestand. Nach kurzer Diskussion wird die Formulierung „Das Vorwegnehmen eines Scheiterns“ durch „Das Vorwegnehmen einer Ablehnung“ ersetzt. Außerdem wird hinzugefügt, dass die „Junior Research Groups“ den SFB-Antrag nicht vorbereiten, wie in der Zielvereinbarung beschrieben, sondern dabei Unterstützung leisten.

Der Anstrich zum *strukturierten Schnellstudium* und der Anstrich zum *Zentrum für Entrepreneurship* werden gestrichen.

In *Punkt IV* wird nach einer kurzen Aussprache ein Anstrich ergänzt, der auf die für die Universität verpassten Chancen aufgrund des geringen Mittelaufwuchses hinweist.

In *Punkt V* wird ein Anstrich mit der Forderung nach einer Streichung des Absatzes V, Punkt 1 der Zielvereinbarung eingefügt

Bei der *Beschlussformel* wird der zweite Satz gestrichen.

Die Stellungnahme des Akademischen Senats der Universität Rostock zum Entwurf der Zielvereinbarung wird mit den zuvor gemachten Änderungen vom Akademischen Senat beschlossen.

Beschlusnummer: 19 (IX/20)
Abstimmungsergebnis: 19/0/1

Der Vorsitzende des Senats wird die Stellungnahme dem Rektor übergeben. Die Stellungnahme wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

zu 13

Der Dekan der MEF Prof. Dr. Reisinger erläuterte das Vorhaben. Er berichtete über die einstimmige Entscheidung des Fakultätsrates am 15. April 2010 zur Errichtung der Teilkörperschaft Universitätsmedizin im Integrationsmodell. Außerdem gab er bekannt, dass der Vorstand des Klinikums am heutigen Tag (3. November 2010) ebenfalls das Integrationsmodell beschlossen hat. Prof. Dr. Schmitz hob die bessere Konkurrenzfähigkeit und die Vernetzung von Forschung, Lehre und

Krankenversorgung zwischen Fakultät und Klinikum bei Errichtung der Teilkörperschaft hervor. Der Senatsvorsitzende zeigte sich verwundert darüber, dass der Senat in diese Entscheidung überhaupt und dann im Eilverfahren eingebunden werden soll. Der Rektor erwiderte, dass das Land hier eine Entscheidung des Senats fordert, da bislang zwischen Fakultät und Klinikum Uneinigkeit herrschte.

Einige Senatoren kritisierten, dass sie keine ausreichenden Informationen zu dieser Thematik haben und daher nicht das Für und Wider abwägen können. Die von der Senatskommission Strukturfragen erstellte Handreichung hatte Fragen aufgeworfen, die bis jetzt nicht hinreichend geklärt sind. Dr. Glöckner erwiderte, dass grundlegende Bestimmungen zum Integrationsmodell in der LHG-Novelle zu finden sind. Dr. von Oeynhausen verdeutlichte, dass die Senatskommission als Hauptproblem die Uneinigkeit zwischen Fakultät und Klinikum erkannt hatte. Da sich die Parteien nun einigen konnten, sprach sie sich für eine Unterstützung des Anliegens aus.

Der Vorsitzende des Senats betonte, dass der Senat und die Senatskommission mit der Thematik niemals betraut worden wären, wenn die Fakultät und das Klinikum sich von Anfang an einig gewesen wären. Der Senat kann nicht entscheiden, welches die bessere Alternative wäre. Der Senat hat vielmehr dafür Sorge zu tragen, dass mittels der entsprechend zu verfassenden und vom Senat zu beschließenden Satzungen kein Schaden für die Gesamtuniversität entsteht. Der Senat überwacht also die Auswirkungen der Errichtung der Teilkörperschaft.

Prof. Dr. Reisinger betonte, dass der Entscheidung für das Integrationsmodell umfassende Diskussionen mit dem Abwägen der Vor- und Nachteile vorausgegangen sind. Eile ist geboten, da mit der Rechtsformänderung am Universitätsklinikum Greifswald die Universität Rostock zügig nachziehen könnte. Ansonsten wäre es nicht absehbar, wann die Rechtsformänderung umgesetzt werden kann.

Der Akademische Senat spricht sich nach dieser eingehenden Diskussion für die Errichtung der Teilkörperschaft Universitätsmedizin Rostock zum 1. Januar 2012 aus.

Beschlusnummer: 20 (IX/21)
Abstimmungsergebnis: 15/1/3

Der Vorsitzende des Senats wird diesen Beschluss umgehend dem Rektor zuleiten.

V Informationen

Es gab keine weiteren Informationen.

bestätigt:

Protokoll:

gez.
Prof. Dr. Martin Benkenstein
Vorsitzender des Akademischen Senats

gez.
Wenke Friske-Saß
Referat 1.2

Anlage

Stellungnahme des Akademischen Senats der Universität Rostock zum Entwurf der Zielvereinbarung

Stellungnahme des Akademischen Senats der Universität Rostock zum Entwurf der Zielvereinbarung

Der Akademische Senat der Universität Rostock befürwortet die neue Qualität in der Hochschulentwicklungsplanung, insbesondere die Abkehr von Zielvorgaben sowie die gemeinsame Erarbeitung einer Zielvereinbarung sind positiv hervorzuheben. Der Akademische Senat begrüßt bezüglich des vorliegenden Entwurfs der Zielvereinbarung, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern die Profilierung der Forschung in Form der vier Profillinien an der Universität Rostock aufnimmt und unterstützt. Ebenso stimmt der Akademische Senat dem Maßnahmenpaket zu, für welches das Land besondere Zuweisungen in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro, das entspricht ca. 1,0 T Euro pro Mitarbeiter/pro Jahr, zur Verfügung stellen will. Auch das weiterentwickelte Modell der formelgebundenen Mittelvergabe für den Hochschulbereich sowie das bisher angewendete Vergabemodell in der Hochschulmedizin erfährt Zustimmung durch den Akademischen Senat. Er sieht jedoch am vorgelegten Entwurf der Zielvereinbarung erheblichen Konkretisierungs- und Änderungsbedarf bei folgenden wichtigen Teilaspekten:

1. Dass die Universität Rostock ohne Aufwuchs bei den Mitteln für Grundausstattung ihr Drittmittelaufkommen jährlich um eine Million Euro steigern soll, widerspricht den Ausführungen im Universitätsentwicklungsplan. Dort wurde dargelegt, dass die Relation des Drittmittelaufkommens zur Grundfinanzierung im Vergleich zu bayerischen Hochschulen bereits überdurchschnittlich ist und dass eine weitere Steigerung des Drittmittelaufkommens nur bei gleichzeitiger Steigerung der Grundausstattung erfolgen kann. Da ein solcher Mittelaufwuchs in der Grundfinanzierung nicht vorgesehen ist, kann eine solche Verpflichtung der Universität nicht umgesetzt werden.
2. Die Zielvereinbarung für die Lehrerbildung sollte unter Beachtung der folgenden fünf Punkte angepasst werden:
 - a. Sofern durch Änderungen der Rahmenbedingungen, beispielsweise durch das Lehrerbildungsgesetz, für die Lehrerbildung zusätzliche Aufgaben auf die Universität Rostock zukommen, stehen diese Aufgaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.

- b. Das ausstehende Lehrerbildungsgesetz, das von offizieller Seite für den April 2011 avisiert wird, bringt mit großer Sicherheit Veränderungen mit sich, die den an der Lehrerbildung beteiligten Hochschulen in vielen Bereichen kapazitäre und personelle Konsequenzen aufzwingen werden, die heute noch nicht abzuschätzen sind.
 - c. Wird die Zahl der Studienplätze an der Universität Rostock langfristig auf 2500 reduziert, die Berufsschullehrerbildung erneut aufgenommen und das Verhältnis 1:1 für die Lehrämter an regionalen Schulen und Gymnasien festgelegt, reduziert sich die Zahl der Studierenden des gymnasialen Lehramtes von aktuell ca. 2000 auf dann ca. 650-850 (Summe über alle 19 Fächer in allen Studienjahren). Die Vereinbarung mit der Universität Greifswald (1500 Studierende, was einer Steigerung von 300 Studierenden seit 2006 entspricht und damit 750 Studierende im gymnasialen Bereich bei neun vorgehaltenen relevanten Fächern) erscheint vor diesem Hintergrund als nicht angemessen. Ein ähnliches Missverhältnis ergibt sich bei den Studienplätzen für die regionale Schule. Eine Anpassung des Verhältnisses auf etwa 3000 Studienplätze in Rostock und etwa 1000 Studienplätze in Greifswald wäre daher sachlich angemessen.
 - d. Zur (Wieder-)Einrichtung des Lehramtes an beruflichen Schulen zum Wintersemester 2011/12 - die die Universität Rostock ausdrücklich begrüßt und befürwortet - werden inklusive der Professur für Wirtschaftspädagogik mindestens drei Lehrstühle mitsamt (Personal-) Ausstattung benötigt. Da dieses Lehramt langfristig vorgehalten werden soll, kann diese Daueraufgabe nicht nur durch Hochschulpaktmittel finanziert werden.
 - e. Da eine erhöhte Einschreibung von Lehramtsstudierenden zur Bewältigung der erwarteten Bedarfsspitzen zwischen 2020 und 2025 spätestens ab 2012 realisiert werden muss, hat das Land bis spätestens Ende 2011 die maximal zu erbringenden Einschreibzahlen für die jeweiligen Fächer und Lehrämter zu benennen, um kapazitäre Konsequenzen planbar und die Kalkulation des entstehenden finanziellen Mehraufwands möglich zu machen. Derzeit fehlt jedoch die Datengrundlage zum Landesbedarf in den einzelnen Fächern.
3. Die Universität Rostock fühlt sich einer hohen Qualität in Lehre, Forschung und Weiterbildung verpflichtet. Der vorgesehene Zeitplan für die Implementierung eines Qualitätsmanagements entsprechend dem neuen § 3a des LHG-Entwurfs ist jedoch widersprüchlich. Ein gegebenenfalls sinnvoller Antrag auf Systemakkreditierung kann nicht vor der

Implementierung des Systems auf allen Ebenen und damit nicht vor der Funktion des Gesamtsystems stattfinden. Es wird daher empfohlen, den gesamten letzten Teilsatz zum Antrag auf Systemakkreditierung im Jahr 2013 zu streichen.

4. Die Finanzierung teils grundständiger Aufgaben der Universität aus Mitteln des Hochschulpakts und des Sammelansatzes (Sammeltitel) wird kritisch gesehen. Qualitätssicherung in Studium und Lehre, Forschung und Weiterbildung kann nicht mit einer einmaligen Anstrengung umgesetzt werden, sondern ist als Daueraufgabe zu verstehen und als solche zu finanzieren. Der Aufbau eines hochschuldidaktischen Zentrums sowie der Ausbau des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung sind Daueraufgaben mit landesweiter Bedeutung und sollten ebenfalls nicht aus dem Rostocker Teil des Sammelansatzes finanziert werden. Auch der Aufbau temporärer zusätzlicher Kapazitäten in der Lehrerbildung unter Verwendung von Mitteln aus dem Rostocker Anteil des Hochschulpaktes erscheint ungerecht, da hier landesweite Entwicklungen und Bedarfe bedient werden sollen. Dies gilt ebenso für die Mittel für die noch nicht näher spezifizierten Basisqualifikationen, die das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung als fachliche Voraussetzungen des Einstiegs in den Vorbereitungsdienst im Falle von Doppelqualifikationen der Lehrer in den kommenden fünf Jahren anbietet. Für all diese Aufgaben sollte eine Finanzierung des Landes ohne Rückgriff auf Sammelansatz und Hochschulpakt erfolgen oder es sollte eine anteilige Lastenverteilung auf alle Hochschulen vorgenommen werden.

Folgende Punkte sollten ebenso weiterentwickelt und nachverhandelt werden:

- **II. Leitbild der Universität Rostock**
 - o In das Leitbild sollte das Selbstverständnis der Universität Rostock als Volluniversität aufgenommen werden.
 - o In der Beschreibung der Profillinien „Maritime Systeme“ und „Erfolgreich Altern“ wurde versäumt, die Teilnahme der Geisteswissenschaften anzuführen.
 - o In der Reihenfolge der Herausforderungen sollten Forschung und Lehre als oberste Position gelistet werden. Erst danach reiht sich die „Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes“ in den Aufgabenbereich der Universität ein.
- **III. Entwicklungs- und Leistungsziele der Universität Rostock**
 - o Die dritte Phase des Bologna-Prozesses besteht nicht ausschließlich aus der „strukturierten Promotion“, sondern wird allgemein als

„Promotionsphase“ bezeichnet, die u.a. die strukturierte Promotion als eine von mehreren Promotionsformen enthalten kann.

- Folgender Absatz sollte in die Zielvereinbarung aufgenommen werden:
„Die Universität Rostock ist bestrebt in ausgewählten Master-Studiengängen auch den Abschlussgrad „Diplom“ zu verleihen. Die Landesregierung trägt dafür Sorge, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.“
- Der vierte Absatz („Transdisziplinäre...“) ist unabhängig von seiner begrifflichen Unsicherheit auch nicht sinnvoll operationalisierbar.
- Die Festschreibung von speziellen Produkten bzw. Anbietern von Software und Rankings sollte aus der Zielvereinbarung entsprechend dem zugrundeliegenden Prinzip (management by objectives) herausgenommen werden. Die Benennung der Software HISinOne ist nicht weiter zielführend als die Zielbenennung selbst (Implementierung eines integrierten Campusmanagements). Gleiches gilt für die Nennung eines privaten Ranking-Unternehmens (CHE-Ranking) in Absatz 13.
- Die Fächerstruktur der Universität Rostock wird im Fächerkatalog (Anlage 1) dargestellt. Dieser Katalog ist nicht stringent aufgestellt und listet unvollständig Fächer, Fachbereiche und einzelne Studiengänge auf. Die Anmerkung zur Stellenausstattung der kleinen Fächer sollte in dieser Anlage gestrichen und an passender Stelle in die Zielvereinbarung eingefügt werden.
- Es sollte präzisiert werden, ob insgesamt oder je Profillinie 1,5 Beschäftigungspositionen zur Stärkung der Profillinien geschaffen werden sollen. Zudem bleibt unklar, um was für Beschäftigungspositionen es sich handeln soll und aus welchen Mitteln sie finanziert werden sollen.
- Die Ausführungen zum Antrag der Universität Rostock zur Exzellenz-Initiative und eines etwaigen SFB-Antrages (BASE) sind inadäquat. Das Vorwegnehmen einer Ablehnung steht der Wettbewerbsfähigkeit des Antrages entgegen. Die „Junior Research Groups“ bereiten den SFB-Antrag nicht vor. Sie leisten Unterstützung bei der Antragstellung. Die Integration der beantragten Graduiertenschule in eine noch nicht existierende Graduiertenakademie könnte der Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls entgegenstehen.
- Die Teilnahme an der Stiftung für Hochschulzulassung sollte nur angestrebt werden, wenn Kostenaufwand und Geeignetheit für den jeweiligen Studiengang stimmen. Dies sollte zuvor von Land und Universität geprüft werden.

- Der Erfolg der Internationalisierung sollte nicht an der 25prozentigen Steigerung der Mobilität gemessen werden, sondern an der tatsächlichen Herstellung der vereinbarten Rahmenbedingungen. Die Universität kann nur auf die Schaffung der Rahmenbedingungen, nicht aber auf die tatsächliche Mobilität der Studierenden (individuelle Entscheidungssphäre) Einfluss nehmen.
- **IV. Leistungen des Landes**
 - Durch den geringen Mittelaufwuchs in der Grundfinanzierung werden zu Lasten der Universität wertvolle Chancen verpasst.
 - Die fortschreitende Projektsonderfinanzierung per Zielvereinbarung und der steigende Anteil der leistungsorientierten Mittelvergabe (über Sammelansatz) führen sukzessiv zur Reduzierung der Grundfinanzierung und stehen dem Ziel der Hochschulautonomie diametral entgegen. Die Ankündigung einer Prüfung weiterer Haushaltsflexibilisierungen im Sinne eines Globalhaushaltes wird zwar ausdrücklich begrüßt, wird aber zu keiner Lösung dieses Problems beitragen können.
 - In den Ausführungen zum Hochschulbau sind die Baumaßnahmen der Medizin nicht enthalten. Der Absatz sollte entsprechend ergänzt werden.
- **V. Schlussbestimmungen**
 - Absatz V, Punkt 1 „Anpassung der Lehrverpflichtungsverordnung des Landes“ ist vielfältig interpretierbar, an dieser Stelle nicht weiterführend und sollte daher komplett gestrichen werden.
 - Die Universität Rostock strebt die Errichtung der Teilkörperschaft Hochschulmedizin zum 1. Januar 2012 an. Absatz V, Punkt 2 sollte dahingehend geändert werden.
 - Die Einbindung eines Konfliktmanagements in die Zielvereinbarung wird befürwortet. Sanktionen sollten jedoch an abrechenbare Ziele und Projekte gebunden werden, die zuvor finanziell quantifiziert wurden. Außerdem scheint die Kontrolle des Erfolgs sowie der gegenseitig vertraglich zugesicherten Leistungen nur einseitig vorgesehen zu sein.

Der Hochschulleitung wird empfohlen, die Zielvereinbarung entsprechend den oben genannten Aspekten mit dem Land weiterzuentwickeln und nachzuverhandeln.

Prof. Dr. Martin Benkenstein
Vorsitzender des Akademischen Senats